



<https://biz.li/3tlk>

GRÜNE ZIEHEN ANTRAG ZUR SOLARENERGIE ZURÜCK

Veröffentlicht am 13.03.2018 um 12:17 von Redaktion LeineBlitz

Die Fraktion der Bündnisgrünen im Hemminger Stadtrat hat ihren Antrag zur Solarenergie zurückgezogen. Nach Einschätzung der Grünen ist dieser Antrag in der Sache unverändert richtig, geht aber in seiner Ambition deutlich über das hinaus, was die anderen Fraktionen und die Verwaltung bereit sind mitzutragen. Erfreulich ist aus Sicht der Grünen, dass die Nutzung der städtischen Neubauten - Feuerwehr Arnum und Kita Westerfeld - für Solarenergie unstrittig ist. Zudem bereitet die Verwaltung momentan ein Interessensbekundungsverfahren unter anderem für die Nutzung des Rathausdaches vor. So besteht die Aussicht, dass in absehbarer Zeit mehrere Solaranlagen auf städtischen Gebäuden installiert werden. "Wenn



unser Antrag dazu beigetragen hat, die Nutzung von Solarenergie in Rat und Verwaltung auf die Tagesordnung zu bringen und Anstrengungen in dieser Sache voranzutreiben, sind wir vorläufig zufrieden", erklärt Joachim Steinmetz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. "Wichtig ist nun, dass das Interessensbekundungsverfahren schnellstmöglich durchgeführt wird und die geplanten Projekte zügig und möglichst mit Beteiligung Hemminger Bürger umgesetzt werden. Dann werden perspektivisch sicher auch noch mehr Solaranlagen auf kommunalen Dächern möglich sein. Wir werden diesen Prozess aufmerksam begleiten und unterstützen. Falls erforderlich, könnten wir unseren Antrag in veränderter Form auch erneut einbringen." Im Mai 2017 hatten die Bündnisgrünen ihren Antrag zur verstärkten Nutzung von Solarenergie auf städtischen Gebäuden in den Rat eingebracht. Vorausgegangen war ein Grünes Stadtgespräch zum Thema, bei dem ein großes Interesse Hemminger Bürger und regionaler Energiegenossenschaften deutlich geworden war. Ziel des Antrags war, in einem Kataster die am besten für die Solarnutzung geeigneten städtischen Dachflächen zu erfassen und dann Interessierten zur Nutzung anzubieten. In den Beratungen war dann allerdings deutlich geworden, dass die anderen Fraktionen den Antrag ablehnen würden, weil er sowohl aus ihrer Sicht als auch der der Verwaltung zu weit geht.